

VERKEHR / Grüne werfen Land falsche Politik vor

Palmer wettert gegen Straßenbau auf Pump

Das Land baut zu viele neue Straßen und steckt zu wenig Geld in den Erhalt der vorhandenen, klagt der Grüne Boris Palmer. Die Folge: Schlaglöcher und Schulden.

ANDREAS BÖHME

STUTTGART ■ „Das Land verhält sich wie ein Alkoholiker, der den drohenden Kater durch ein Konterbier hinauszögert“, beschreibt Palmer die Line der Landesregierung beim Straßenbau. Obwohl schon das Geld zum Erhalt bestehender Straßen fehle, werde munter weiter gebaut. Schlimmer noch: „Die Regierung finanziert neue Straßen durch Schattenhaushalte und Schuldenverschiebung.“

Palmer erinnert an den mittlerweile fast zehn Jahre alten Generalverkehrsplan. Der sah 1995 vor, jährlich 130 Millionen für Neu- und Ausbau und 63 Millionen Euro für den

Erhalt der Landesstraßen auszugeben. Stattdessen wurde aber nur ein Drittel der notwendigen Erhaltung finanziert, kritisiert der Grüne.

Im laufenden Haushaltsjahr habe sich die Situation lediglich auf den ersten Blick verbessert, sagt Palmer: Zwar sollen 48 Millionen in Reparatur und Sanierung fließen und 85 Millionen in den Bau neuer Straßen – also deutlich mehr als in den vorangegangenen Jahren. Aber während 1995 alle Investitionen aus dem Haushalt finanziert werden konnten, ist es jetzt nur noch ein Drittel – der Rest stammt aus Krediten und Finanzierungsprogrammen wie jenem 15-Millionen-Paket, das der L-Bank aufgezwungen worden ist.

Dabei sinkt die Tilgungsleistung des Landes, „weil sich der Geldgeber nicht wehren kann“, wie Palmer es ausdrückt. Statt 59 Millionen Alt-schulden im laufenden Jahr sollen

nur noch 32 Millionen zurückbezahlt werden, um die geringeren Steuereinnahmen auszugleichen. Würden hingegen überhaupt keine Schulden gemacht, so Palmer, reiche das Geld im Haushalt eben noch für den Erhalt. Für Neubaumaßnahmen jedoch wäre kein Cent übrig. „Obwohl das Land die bestehenden Straßen nicht mehr bezahlen kann, hält die Regierung am Neubauprogramm eisern fest“, klagt der Abgeordnete aus Tübingen.

Der Straßenbau auf Pump belastete künftige Haushalte, und der Erhaltungsaufwand steige durch die neuen Straßen noch zusätzlich. Palmers Fazit aus den Beratungen im Finanzausschuss: Die Landesregierung baut heute bereits Straßen, aber auch Flughäfen wie den ehemaligen Militärflugplatz in Söllingen bei Karlsruhe, mit den Haushaltsmitteln der Jahre nach 2010.